

## Resolution der Vollversammlung am 26. Juni 2025

### **EU-Kommissions-Idee eines „Einzelfonds“ gefährdet Gemeinsame Agrarpolitik**

Die EU-Kommission hat angekündigt, am 16. Juli einen Vorschlag für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen für die Zeit nach dem Jahr 2027 vorzulegen. Die anstehende EU-Budgetdiskussion steht unter dem Eindruck einer EU-weit angespannten Haushaltslage nach mehreren wirtschaftlichen Krisenjahren sowie neuer politischen Prioritäten in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung, Innovation und Außenbeziehungen. Traditionelle Politikbereiche wie die Agrar- und Kohäsionspolitik drohen damit weiter unter Druck zu kommen. Verschärft wird die Situation durch die von der EU-Kommission ventilierte Idee, die Finanzierung für unterschiedliche Politikbereiche in einem Einzelfonds zusammenzufassen und die tatsächliche Mittelverteilung zwischen den verschiedenen Politikbereichen verstärkt den Mitgliedstaaten zu überlassen. Im Zeitraum 2021 bis 2027 stellt die Gemeinsame Agrarpolitik mit einem Budget von 378,5 Mrd. Euro knapp ein Drittel und damit die größte Position im EU-Budget dar. Österreichs Anteil am gesamten GAP-Budget macht mit 8,94 Mrd. Euro rund 2,3 Prozent der GAP-Mittel aus, im Bereich der Ländlichen Entwicklung sind es mit rund 4,1 Mrd. Euro ca. 4,3 Prozent der EU-Gesamtmittel.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert den Bundeskanzler auf, sich bei den auf EU-Ebene anstehenden Finanzverhandlungen konsequent für eine Beibehaltung der bisherigen EU-Budgetstruktur und eine eigenständige Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik einzusetzen. Die ventilierten EU-Ideen für gemeinsame politikübergreifende nationale Umsetzungspläne sowie für einen „Einzelfonds“ in der Finanzierung werden mit allem Nachdruck abgelehnt. Für eine wirksame Gemeinsame Agrarpolitik ist weiterhin eine zentrale Stellung der Agrarpolitik im Mehrjährigen Finanzrahmen mit einer ausreichenden zweckgebundenen auf EU-Ebene festgelegten Dotierung erforderlich. Nur damit kann die dringend erforderliche Wirksamkeit und Effektivität der Gemeinsamen Agrarpolitik auch in den kommenden Jahren sichergestellt werden. Tendenzen zur Renationalisierung gefährden den Gemeinschaftscharakter und damit die Wirksamkeit der EU-Agrarpolitik. Zudem würde mit einer Umstellung der EU-Budgetstruktur die seit dem EU-Beitritt für Österreich sichergestellte höhere Finanzierung im Bereich der Ländlichen Entwicklung nachhaltig in Frage gestellt.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, sich auf EU-Ebene mit allem Nachdruck für eine Beibehaltung der bisherigen EU-Budgetstruktur und insbesondere für eine eigenständige Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie für eine entsprechende Indexanpassung im Bereich der EU-Direktzahlungen einzusetzen. Nur damit kann das in Österreich bewährte Modell einer bäuerlichen Familienlandwirtschaft mit hoher Lebensmittelqualität, umfassender Kulturlandschaftspflege und hoher gesellschaftlicher Anerkennung auch für die Zukunft sichergestellt werden.